



derStandard.at | Wissenschaft | Welt | Forschung Spezial

20. Juni 2006
20:07 MESZ

Zur Person

Reinhard Posch, Jahrgang 1951, leitet an der TU Graz das Institut für Angewandte Informations-Verarbeitung und Kommunikations-Technologie sowie das Zentrum für sichere Informations-Technologie im Bereich Computersicherheit und Kryptografie.

Seit 2001 betreut er zudem die IT-Strategie des Bundes als Chief Information Officer. Seine Aufgabe ist hier strategische Koordination. In dieser Rolle ist Posch seit September 2005 auch für die übergreifende Plattform "Digitales Österreich" zuständig. (pren)



Reinhard Posch sieht Österreich auf dem Weg zu einer reibungslosen und vertrauenswürdigen elektronischen Verwaltung.

Citizen E im virtuellen Staat

Reinhard Posch, Chief Information Officer des Bundes, im STANDARD-Interview über Sicherheit, Akzeptanz und Respekt für Verweigerer

Ein relativ hohes Tempo legt Österreich im Bereich E-Government vor. Dabei geht es vor allem um die Wahrung der Identitäten. Christian Prenger sprach mit Reinhard Posch, Chief Information Officer des Bundes, über Sicherheit, Akzeptanz sowie Respekt für Verweigerer.

STANDARD: Österreich legt ein hohes Tempo vor bei der Verwaltung im Internet. Sind wir auf dem Weg zum Citizen E, dem elektronischen Bürger?

Posch: Wir befinden uns auf dem Weg zu einer Verwaltung, wo die Schritte vom Antrag bis zum Bescheid elektronisch und vertrauenswürdig abgewickelt werden können. Hier ist Österreich - das belegen auch immer wieder internationale Vergleiche - sehr gut unterwegs. Den im Jahre 2001 eingeleiteten Prozess könnte man wie ein konsequentes Aufbautraining im Sport betrachten. Jetzt beginnen wir auch bei der Umsetzung zu profitieren.

STANDARD: Was bedeutet eigentlich jener Begriff "elektronische Identität"?

Posch: Es gibt eine eindeutige Identität, ohne dass der Bürger physisch vorstellig werden muss. Diese stellt sicher, dass sich keine andere Person irrtümlich oder absichtlich seiner Identität bedient. Dies führt natürlich zu massiven internen Infrastrukturmaßnahmen, etwa im Bereich der Register.

STANDARD: Wie sieht generell der konkrete Nutzen für den Anwender aus?

Posch: Der Nutzen wird deutlich am Beispiel der Meldungen über Online-Banking. Dort bieten schwächere Methoden mit PIN und TAN nur unter höchster Vorsicht des Users Schutz vor Missbrauch. In der Verwaltung, wo der Betroffene Auswirkungen von Fehlverhalten vielleicht erst nach langer Zeit merkt, ist Identifikation die Basis von effizientem Datenschutz.

STANDARD: Was sind aktuelle Beispiele in Österreich, die funktionieren?

Posch: Der Arztbesuch mit der Bankkarte, die auch Bürgerkartenfunktion aufweist. Das ist zwar für viele nicht wichtig, weil es ja die E-Card gibt, doch das Beispiel zeigt Grundzüge solcher Anwendungen. Elektronische Identität dient als einheitliche Infrastruktur und als Ermöglicher. Ob dies nun Finanz-Online, der Strafregisterauszug oder eine Meldebestätigung betrifft.

STANDARD: Wie hoch ist die Akzeptanz bei den Anwendern? Gibt es aktuelle Zahlen? Bürgerkarte oder digitale Signatur dürften noch keine großen Renner sein.

Posch: Das hängt wie in vielen Bereichen vom Blickwinkel ab. Fast 100 Prozent sämtlicher Arztbesuche werden bereits jetzt mit elektronischer Identifikation und

Signatur abgewickelt. Eine Million Menschen nutzen wiederum Finanz Online. 14 Millionen Steuererklärungen wurden digital übermittelt. Das spricht doch schon eine sehr deutliche Sprache.

STANDARD: Wie hoch ist die Gefahr, dass der gläserne Bürger entsteht?

Posch: Egal ob A1-Signatur oder E-Card, in allen Fällen sind auf der Bürgerkarte keine Informationen der Verwaltung zu finden. Missbrauch kann es daher nicht geben. Für die Sicherheit ist diese ein zusätzlicher Beitrag, etwa gegen Phishing. Mit der bereitgestellten Verschlüsselung kann sich jeder User auch vor Diebstahl eines Laptop oder USB-Sticks schützen.

STANDARD: Was aber passiert mit Menschen, die Berührungsängste haben oder wenig aufgeschlossen sind gegenüber digitaler Technologie? Studien verweisen hier auf alte Menschen und sozial schwache Gruppen.

Posch: Wir wollen niemand zurücklassen. Deshalb müssen Informationen und Verfahren ab 2008 den Standards der Web-Zugänglichkeit genügen. Einfachheit soll im Vordergrund stehen. Gruppen, die nicht können oder nicht wollen, werden jedoch in gleicher Weise respektiert. Ein Verwandter kann beispielsweise als Stellvertreter agieren. Persönliches Erscheinen vor einer Behörde in einem One-Stop-System bleibt auch eine Alternative.

STANDARD: Welche Projekte werden in absehbarer Zeit realisiert?

Posch: Ein Projekt wird sich auf Integration der Vollmachten konzentrieren und damit nahezu schlagartig auch Firmen große Schritte näher an das E-Government heranführen. Das zweite Projekt wird die duale Zustellung sein, die nicht mehr zwischen Elektronik und Papier unterscheidet. Sie bereitet damit fast unsichtbar den Boden für eine breite Integration auf.

STANDARD: Kommt das virtuelle Staatsgebiet?

Posch: Wir reagieren auf veränderte Bedürfnisse, auf den Wunsch nach Unabhängigkeit von Ort und Medien. Die Zukunftsvision ist eine nachhaltige national und international integrierte elektronische Identifikation, die in allen Bereichen eingesetzt werden kann, eine Art digitaler Personalausweis. (DER STANDARD, Print-Ausgabe, 21. Juni 2006)

© 2006 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.

Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.